



Arbeitsprogramm 2016 für die Berliner Wirtschaft



Arbeitsprogramm 2016

Inhaltsverzeichnis:

I. Regionale Wirtschaftspolitik	1
Ziel: Die Berliner Wirtschaft wächst mit Hilfe wirtschaftsfreundlicher Standortbedingungen stärker als der Bund.....	1
Ziel: Berlin wird Europas wirtschaftlich erfolgreichster Gründungsstandort.	2
Ziel: In Berlin scheitert die Umsetzung von unternehmerischen Ideen und Wachstumsstrategien nicht mehr an schlechten Finanzierungsbedingungen.....	3
Ziel: Das Leitbild Ehrbarer Kaufleute als Vorbild: Mehr Unternehmen übernehmen gesellschaftliche Verantwortung.....	4
II. Infrastruktur und Stadtentwicklung	5
Ziel: Berlin steigert die Leistungsfähigkeit seiner Infrastruktur und verbessert die Professionalität der Planung und Realisierung (Zeit- und Kostenansatz) neuer Bauprojekte.	5
Ziel: Die Berliner Bauleitplanung und Städtebauförderung ist transparent, ausgewogen und verlässlich, um Unternehmensansiedlungen und -erweiterungen zu erhöhen und auch den Bestand zu sichern.	5
Ziel: Gewerbe- und Industriestandorte sind mit allen Verkehrsmitteln erreichbar und bieten mehr nutzbare Flächen sowie größeren Handlungsspielraum für mehr Innovation und wirtschaftliches Wachstum.....	6
Ziel: Berlin ist Pilotstadt für angewendete und wirtschaftlich erfolgreiche Smart Solutions - mitgestaltet durch die Bürgerschaft.....	7
Ziel: Berlin hat in allen Bezirken profilierte und wirtschaftsstarke Stadtquartiere, die attraktive Orte zum Arbeiten und Leben sind.	8
III. Haushalt und Wettbewerb	9
Ziel: Der positive Finanzierungssaldo im Berliner Haushalt steigt.	9
Ziel: Steuererhöhungen verhindern - Steuererhebung vereinfachen!	9
Ziel: Die Unternehmerische Freiheit wächst wieder.....	10
IV. Standortfaktor Verwaltung.....	12
Ziel: Die Berliner Verwaltung entwickelt sich strukturell, personell und prozessual zu einem modernen und effizienten Servicedienstleister für die Stadt.	12
Ziel: Selbstverwaltungsaufgaben werden unternehmensfreundlich ausgestaltet und umgesetzt.	13
V. Bildung, Fachkräfte, Arbeitsmarkt	14
Ziel: Berlin wird Deutschlands attraktivste Ausbildungsregion.....	14
Ziel: Alle Berliner Schulabgänger sind ausbildungsreif.....	15
Ziel: Alle Berliner Schulabgänger, die sich für eine Karriere mit Lehre entscheiden, treten ohne schulische Umwege einen betrieblichen Ausbildungsplatz an.	16
Ziel: Den Berliner Unternehmen gelingt die Fachkräftesicherung.....	16
Ziel: Der Berliner Arbeitsmarkt ist der Top-Jobgenerator der Republik, es entstehen mehr Arbeitsplätze als im Bundesländervergleich.	17

Arbeitsprogramm 2016

Ziel: Berliner Unternehmen und Fachkräfte nutzen die berufliche Weiterbildung verstärkt als strategisches Entwicklungsinstrument.	18
VI. Innovation, Technologie und Wissenschaft	19
Ziel: Berlin wird zur Modellstadt für die Umsetzung innovativer Ideen in marktreife Produkte und Verfahren.	19
Ziel: Hightech-Unternehmen wachsen in Berlin stärker als bisher und ihre Zahl nimmt zu.	19
Ziel: Berlin gehört in Europa zu den TOP 3 Wissenschaftsstandorten, an denen aus Wissen Wachstum wird.	21
VII. Umwelt und Ressourcen	22
Ziel: Berlin wird Deutschlands Schrittmacher einer marktwirtschaftlichen Energiewende. .	22
Ziel: Berlin ist Deutschlands Modellstadt für umweltfreundliches Wirtschaften.	23
Ziel: Berliner Unternehmen sind in allen Leitmärkten der Umweltwirtschaft unter den TOP 5 in Deutschland vertreten.	24
VIII. Internationalisierung der Berliner Wirtschaft	25
Ziel: Die Internationalisierung der Berliner Wirtschaft nimmt jährlich zu.	25

I. Regionale Wirtschaftspolitik

Ziel: Die Berliner Wirtschaft wächst mit Hilfe wirtschaftsfreundlicher Standortbedingungen stärker als der Bund.

Unternehmer treffen die besten Entscheidungen, wenn sie die Struktur ihres Wirtschaftsstandortes sowie konjunkturelle und branchenspezifische Entwicklungen frühzeitig kennen. Auch die Politik und Verwaltung benötigen dieses Wissen, um die richtigen Weichen für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort zu stellen.

Die IHK gibt hierzu wichtige Impulse, indem sie wirtschaftsrelevante Informationen zur Verfügung stellt, interpretiert und in unterschiedlichsten Formaten (z.B. Gespräche, Veranstaltungen, Publikationen, Netzwerke, Öffentlichkeitsarbeit) an die Berliner Unternehmen sowie Politik und Verwaltung weitergibt. Sie identifiziert Wachstumskerne und Branchenentwicklungen in der Stadt und führt Standortanalysen und -studien durch.

Die IHK nutzt dieses Wissen gegenüber der Politik, Verwaltung und am Wirtschaftsleben Berlins beteiligten Institutionen und gibt konkrete Handlungsempfehlungen für die Gestaltung optimaler Rahmenbedingungen (z.B. konsequente Umsetzung der Berliner Clusterpolitik, Digitalisierung) ab. Sie arbeitet mit allen wirtschaftspolitischen Partnern zusammen, um diese umzusetzen.

Maßnahmen

- auf Basis der Studie „Berlin 2030“ einen entsprechenden politischen und gesellschaftlichen Prozess anstoßen, um eine politikfeldübergreifende Vision und konkrete Umsetzungsstrategie für ein zukunftsfähiges Berlin zu erarbeiten
- Wahlprüfsteine erstellen und veröffentlichen sowie für Eingang in Parteiprogramme und Koalitionsvereinbarung sorgen
- Interessen der Berliner Wirtschaft in die Europapolitischen sowie Wirtschaftspolitischen Positionen beim DIHK einbringen
- moderne Industriepolitik einfordern, Umsetzung des Masterplanes Industrie vorantreiben und Leuchtturmprojekte über den Steuerungskreis Industriepolitik unter dem Regierenden Bürgermeister initiieren, insbesondere in 2016: Industrie 4.0-Anforderungen der Unternehmen an politische Rahmenbedingungen analysieren und adressieren; IHK-Plädoyer für eine moderne Industriepolitik mit politischen Entscheidungsträgern diskutieren und Implementierung von Strukturen fordern, die die Umsetzung moderner Industriepolitik fördern
- Inhalte neu definieren, die für die Entwicklung des Berliner Mittelstandes relevant sind; entsprechende Daten erheben sowie veröffentlichen und daraus geeignete Maßnahmen – insbesondere für KMU's – ableiten
- Sicherheitspartnerschaft mit Senatsverwaltung für Inneres und Sport und VSW zur gegenseitigen Unterrichtung über abstrakte/konkrete Sicherheitsrisiken für die Wirtschaft fortführen
- Begleitung bei der Umsetzung des Masterplans für das Cluster „IKT-, Medien- und Kreativwirtschaft“ mit dem Ziel, Handlungsempfehlungen der IHK-Unternehmen in diesem zu verankern
- Umsetzung des Masterplans Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg begleiten, u. a. durch die Vernetzung von Krankenkassen und Pharmaindustrie mit Start-ups zum Thema Cross Innovation bei Digital Health-Anwendungen
- Arbeit des Clustermanagements Verkehr/Mobilität/Logistik auf die praktischen Interessen der Unternehmen lenken, u.a. durch richtungsgebende Mitarbeit in Clustergremien (AK Internationalisierung, AK Schienenverkehrstechnik), passgenaue Aufbereitung aktueller Informationen aus dem Cluster und kombinierte Veranstaltung IHK/Cluster (Tag der Verkehrswirtschaft)

Arbeitsprogramm 2016

- bei der Auswahl der touristischen Projekte, die durch die freigegebenen Mittel aus der Übernachtungssteuer (City Tax) zur Verfügung gestellt werden, auf eine Beteiligung der Tourismusverbände hinwirken, wie zum Beispiel durch die Initiierung eines beratenden Gremiums
- an bundesweiter Vergleichsstudie „Vitale Innenstädte“ beteiligen, daraus Handlungsfelder für die Branche Handel ableiten, formulieren und gegenüber den zuständigen Akteuren adressieren
- Umsetzung des neuen Sportentwicklungskonzepts des Senats unter dem Gesichtspunkt „Stärkung des Wirtschaftsfaktors Sport“ kritisch begleiten;
- branchenspezifische Veranstaltungen durchführen und Netzwerke pflegen (in 2016 z.B. Geschäftsstraßenforum, Regionale Produktbörse, Cross Innovation Forum, Konferenz „Gesund zum Erfolg“, „Big Data Veranstaltung“, „E-Commerce Tag“, Tag der Versicherungswirtschaft, Durchführung des Saisonauftakts der Sportmetropole als Mitveranstalter zur Bedeutungsstärkung des Sports als Wirtschaftsfaktor)
- Austausch mit wichtigen Vertretern von Branchen und Verbänden pflegen – „Branchendialog“ führen, in 2016 insbesondere mit den Branchen: Bau- und Immobilienwirtschaft; Allgemeine Dienstleistungen; Gesundheitswirtschaft; Digitale Wirtschaft; Banken, Versicherungen, Finanzdienstleistungen.
- Konjunkturdaten erheben und veröffentlichen, daraus Handlungsempfehlungen für Akteure ableiten, Umsetzung monitoren
- Wirtschaftliche Situation Berlins darstellen, interpretieren und veröffentlichen (in 2016 z.B. „Berlin im Blick“, „Berliner Wirtschaft in Zahlen“, „Berliner Industrie in Zahlen“, „Digitalisierung der Berliner Wirtschaft“)
- Informationsbedarf zur Unternehmensnachfolge der Berliner Unternehmen zusammen mit der HWR in Form einer Studie ermitteln. Angebote darauf anpassen und Notfallhandbuch mehr Berliner Unternehmen zur Verfügung stellen.

Ziel: Berlin wird Europas wirtschaftlich erfolgreichster Gründungsstandort.

Berlin verteidigt seit Jahren den Titel der Gründerhauptstadt Deutschlands. Dieser „Titel“ ist nur dann etwas wert, wenn die Gründungen in der Hauptstadt nachhaltig wirtschaftlich erfolgreich sind, d.h. nach der Gründung wachsen und so einen Mehrwert für die Berliner Wirtschaft schaffen.

Für beides, Gründung und Wachstum, benötigen Unternehmer Auskünfte vor allem zum formellen Gründungsprozess, zu Förderinstrumenten und Netzwerken. Die IHK Berlin wird hier mit Informationen und Beratung Orientierung geben.

Gleichzeitig setzt die IHK Impulse zur gezielten Verbesserung des Berliner Gründungsökosystems, um insbesondere im internationalen Vergleich das Gründungsgeschehen weiter zu stärken. Dabei messen wir uns mit London und Tel Aviv, fokussieren uns jedoch gleichzeitig darauf, die Einzigartigkeit des Berliner Ökosystems herauszuarbeiten und zu unterstützen. Hierfür kann die IHK im Interesse der Unternehmen eigene Angebote entwickeln oder die Umsetzung von Vorschlägen bei Partnern, Verwaltung und Politik fordern.

Die Dienstleistungen der IHK zur Unterstützung im Gründungsprozess richten sich sowohl an klassische Gründer als auch an Start-ups.

Maßnahmen

- Betreuungskette für Gründer entwickeln und implementieren, um diese im Gründungsprozess effektiver begleiten zu können
- Angebotsportfolio für Gründer hinsichtlich Inhalten und Prozessen überarbeiten und Informationen zielgruppenspezifisch anbieten

Arbeitsprogramm 2016

- Informationen rund um den Business Plan aktualisieren
- Willkommenskultur für Berlin verbessern (z.B. Herausarbeiten der Pain Points, Entwicklung einer digitalen Lösung als „Fahrplan“ im Ankommensprozess, Koordinierung/Kooperation anderer wichtiger Institutionen im Ankommensprozess in Berlin)
- Gap-Analyse „Englische Sprache“ zum Gründungsprozess erstellen und Handlungsempfehlungen für betroffene Institutionen ableiten
- Partnering Angebote ausbauen, um etablierte Wirtschaft mit Start-ups besser zu vernetzen
- Beteiligung der IHK an der Startup Unit Berlin
- Investor Story Coaching (Workshop zu Unternehmensbewertung und Informationen, wie man Seed- und Series-A-Kapital gewinnt) entwickeln und als Pilot testen
- Aus- und Weiterbildungsbedarf von Start-ups ermitteln und Handlungsempfehlungen ableiten

Ziel: In Berlin scheitert die Umsetzung von unternehmerischen Ideen und Wachstumsstrategien nicht mehr an schlechten Finanzierungsbedingungen.

Um innovative Ideen reifen zu lassen und auch weiterzuentwickeln und um Gründungs- und Wachstumspotenziale zu nutzen, brauchen Unternehmen im richtigen Augenblick die passenden finanziellen Mittel. Innovationsbereitschaft, Kreativität und Wachstumsimpulse dürfen nicht an fehlenden Mitteln und mangelnden Anreizen scheitern. Dafür wird die IHK das Angebot am Markt analysieren, Lücken in der Bedarfsdeckung für Berliner Unternehmen identifizieren und gemeinsam mit potenziellen privaten und öffentlichen Kapitalgebern an Lösungen arbeiten. Gegenüber Fördermittelgebern vertritt die IHK die Interessen ihrer Mitglieder.

Grundsätzlich setzt sich die IHK dafür ein, dass Förderung und Finanzierung an der Gesamtentwicklung des Wirtschaftsstandorts Berlin ausgerichtet sind; dauerhafte Subventionen und Förderung mit der Gießkanne müssen vermieden werden. Wir wollen, dass alle Unternehmen mit einem optimalen Angebot, einem leichten Zugang und transparenten Verfahren der kürzeste Weg zur passenden Finanzierung offen steht.

Maßnahmen

- Finanzierungsbedingungen für Berliner Unternehmen untersuchen und ggf. Maßnahmen und Forderungen für die Politik ableiten
- Übersicht über Berlins Finanzierungs- und Förderlandschaft erarbeiten und bewerten sowie Maßnahmen zur Verbesserung entwickeln: bis Ende 2016 Erstellung und Bewertung, anschließend Maßnahmen ableiten
- Ausschöpfungsgrad der Förderprogramme beobachten und ggf. eine Umschichtung bzw. aktive Vermarktung vorantreiben
- Rahmenbedingungen für Finanzierung durch Stellungnahmen gegenüber Politik und Verwaltung mitgestalten und in Gremienarbeit – z.B. in Beiräten von Kapitalgebern, im Berliner Begleitausschuss und in DIHK-Ausschüssen – mitarbeiten
- Unternehmen gezielt zu Finanzierung und Förderung informieren
- Erweiterung der GRW-Förderung begleiten und Unternehmen über die neuen Möglichkeiten bei der Förderung von Investitionen informieren
- Transparenz zu steuerlichen Aspekten der Inanspruchnahme/Vergabe von privatem Beteiligungskapital herstellen: Leitfaden erstellen und kommunizieren
- Initiierung einer institutionsübergreifenden VC-Task-Force bis Ende 2016
- Plattform „Beteiligungskapitalgeber treffen Start-ups“ bis Ende 2016 konzipieren und anschließend ausrollen
- Berliner Wirtschaft durch Stellungnahmen gegenüber Fördermittelgebern unterstützen
- Mitgliedschaft im IBB-Förderausschuss ProFIT für zielgruppengerechte Umsetzung der Innovationsförderung und Weiterentwicklung nutzen

Ziel: Das Leitbild Ehrbarer Kaufleute als Vorbild: Mehr Unternehmen übernehmen gesellschaftliche Verantwortung.

Nachhaltiges unternehmerisches Engagement ist ein Wachstumstreiber und bietet vielfältigen Handlungsspielraum für Unternehmen, um auf sich ändernde gesellschaftliche Anforderungen engagiert und betriebswirtschaftlich vernünftig reagieren zu können. Gesellschaftliches Engagement kann dabei im Rahmen einer CSR-Strategie als Managementmethode verankert sein, oder ganz im Selbstverständnis eines „Ehrbaren Kaufmannes“ von der Unternehmerpersönlichkeit gelebt werden. Nachhaltiges Engagement bietet damit Möglichkeiten, sich am Markt zu differenzieren und sich über gute Publicity Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Mit der „Wahrung von Anstand und Sitte eines ehrbaren Kaufmannes“ hat die IHK-Organisation durch § 1 IHK-Gesetz den Auftrag, ein wertegeleitetes und nachhaltiges Unternehmertum zu unterstützen.

Die IHK unterstützt, informiert und fördert den Austausch zum gesellschaftlichen Engagement von Unternehmen mit Veranstaltungen, Publikationen und ausführlicher Netzwerkarbeit. Mit der ehrenamtlichen CSR-Sprecherin hat die IHK Berlin eine sichtbare Institution geschaffen, die die Bedeutung des Themas in der Kammer und für die Berliner Wirtschaft verdeutlicht. In der IHK-Organisation setzen wir uns dafür ein, dass der freiwillige Charakter von CSR-Maßnahmen gewahrt bleibt.

Maßnahmen

- Handlungsempfehlungen an die Politik formulieren und adressieren, um der Berliner Wirtschaft die Übernahme gesellschaftlichen Engagements durch unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen zu erleichtern
- CSR-Forum als Format für den unternehmerischen Austausch und des „Lernens voneinander“ durchführen
- Berliner CSR-Tag und Gute-Tat-Marktplatz als Plattform für gesellschaftlich engagierte Unternehmen anbieten
- Leitbild der Ehrbaren Kaufleute entwickeln und um Akzeptanz bei den Unternehmen werben
- Wettbewerb zur Vergabe der Franz-von-Mendelssohn-Medaille durchführen und vorbildliche Unternehmen auszeichnen
- Rechts- und Steuerauskünfte erteilen, damit sich unsere Mitglieder rechts- und wettbewerbskonform verhalten können
- Online-Beratung für die Gastronomie-Branche zu den wichtigsten Gründungsfragen einführen
- Push Services via E-Mail zur gezielten Übermittlung von Rechts- und Steuerinformationen etablieren

II. Infrastruktur und Stadtentwicklung

Ziel: Berlin steigert die Leistungsfähigkeit seiner Infrastruktur und verbessert die Professionalität der Planung und Realisierung (Zeit- und Kostenansatz) neuer Bauprojekte.

Zuzug und Wirtschaftswachstum bedeuten in den nächsten Jahren steigende Wohnraum- und Verkehrsnachfrage. Dies bedarf zügig und realistisch geplanter Lösungen im Hochbau (z.B. Wohnungen) und im Tiefbau (z.B. Straßen und Brücken, Schienenverbindungen).

Die IHK wird durch Veranstaltungen, Positionspapiere, in Gremien und weiterer politischer Lobbyarbeit die Umsetzung regionaler, überregionaler und internationaler Verkehrsprojekte (ÖPNV - A100 - TVO - SOV - BER - Schienenverbindungen - Wasserstraßen) vorantreiben und sich für die Qualifizierung der Verkehrsorganisation einsetzen. Bei der Entwicklung bestehender und neuer Wohnquartiere und stadtpprägender Standorte wird sich die IHK Berlin für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen einsetzen.

Vor dem Hintergrund einer immer stärkeren Verflechtung wirtschaftlicher Aktivitäten wird sich die IHK in grenzüberschreitenden Standortkooperationen (z.B. Kammerunion Elbe Oder, North-South-Initiative, etc.) engagieren, um die Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Wirtschafts- und Verkehrsprojekten zu verbessern.

Maßnahmen

- auf die notwendige Werterhaltung von Verkehrsinfrastruktur (Brücken, Schlaglöcher) durch die Darstellung von Problembeispielen aus der Praxis aufmerksam machen, z.B. auf Veranstaltungen, in Publikationen und durch Presse- und Gremienarbeit, um dazu konkrete Aussagen im neuen Koalitionsvertrag zu erreichen
- Vorschläge zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und für wirtschaftsfreundliches Baunebenrecht erarbeiten und einreichen
- durch Mitwirkung in den Gremien der Stadt sowie durch eigene Veröffentlichungen und Veranstaltungen die Interessen der Wirtschaft bei herausragenden Bauten und Standorten (Historische Mitte, ICC) vertreten
- Berliner Senatsverwaltung zur Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans Verkehr auffordern und auf die Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens zum 17. Bauabschnitt der A100 drängen
- mit Veranstaltungsreihe zu smartem und effizientem Bauen den Austausch von Unternehmen der Bau- und Immobilienwirtschaft zu diesem Zukunftsthema fördern
- gemeinsam mit dem Berliner Senat und den Berliner Leitungsbetrieben einen Handlungsleitfaden zur Baustellenkommunikation erarbeiten und veröffentlichen
- von öffentlichen Baumaßnahmen betroffene Unternehmen beraten und durch Interessenvertretung im Fonds für Räumungsbetroffene finanziell unterstützen
- IHK-Schulungen für Antragsteller von Straßenbaumaßnahmen zur besseren Koordination

Ziel: Die Berliner Bauleitplanung und Städtebauförderung ist transparent, ausgewogen und verlässlich, um Unternehmensansiedlungen und -erweiterungen zu erhöhen und auch den Bestand zu sichern.

Vorgaben der Stadtplanung und Stadtentwicklung wirken sich oft direkt oder indirekt auf die Möglichkeiten von Unternehmen aus, sich an Standorten anzusiedeln oder zu verändern. Die IHK Berlin wird die Interessen der Berliner Wirtschaft in der Bauleitplanung als Träger

Arbeitsprogramm 2016

öffentlicher Belange vertreten und für Transparenz in der Bauleitplanung sorgen. Das wird vor dem Hintergrund einer prosperierenden Stadt immer wichtiger, denn der prognostizierte Bedarf an neuem Wohnraum verschärft den Wettbewerb um Flächen in der Stadt. Daraus erwachsene Nutzungskonflikte können zu einer Verdrängung historisch gewachsener Gewerbe- und Industriestandorte führen.

Die IHK setzt sich für eine möglichst konfliktfreie Sicherung und Steuerung des Bestandsschutzes, der Entwicklungsmöglichkeiten und Neuansiedlungen von Unternehmen in ganz Berlin ein. Voraussetzung hierfür ist ein nachhaltiges und ausgewogenes Flächenmonitoring und -management. Um unternehmerische Investitionsentscheidungen in Berlin zu sichern, müssen positive Standortbedingungen (weiter-)entwickelt werden. Die IHK fordert daher ein verlässliches, transparentes und verkürztes Verwaltungshandeln, inklusive eines wirtschaftsfreundlichen Denkmalschutzes ein. Hierfür sollen geeignete Partizipationsprozesse die frühzeitige Einbeziehung der Wirtschaft in relevante Planungsprozesse und Förderentscheidungen ermöglichen. Die IHK tritt für die wirtschaftsfreundliche Verwendung von Städtebauförderung und die Förderung öffentlich-privater Kooperationen ein.

Maßnahmen

- dezidiertes Flächenmonitoring für Berlin im Steuerungskreis Industriepolitik einfordern und durch Mitarbeit in Arbeitsgruppen erreichen; in 2016 Prozess für ein Gewerbeflächeninformationssystem starten, das spätestens 2017 Daten in Echtzeit zur Verfügung stellt
- zur Vermeidung von Nutzungskonflikten zwischen Wohnen und Gewerbe innovative Lösungen entwickeln und in den Berliner Bezirken zur Anwendung bringen
- Gleichstellung von Wohn- und Gewerbebaugenehmigungen, z.B. bei Prämienvergabe und Personal durch geeignetes Monitoring durchsetzen
- Initiative zur Verkürzung von Bearbeitungszeiten von gewerblichen Bauanträgen und zum wirtschaftsfreundlichen Denkmalschutz starten

Ziel: Gewerbe- und Industriestandorte sind mit allen Verkehrsmitteln erreichbar und bieten mehr nutzbare Flächen sowie größeren Handlungsspielraum für mehr Innovation und wirtschaftliches Wachstum.

Investitionsentscheidungen werden in Industrieunternehmen häufig in einem klar festgelegten Zeitraum getroffen. Daher erwarten Investoren eine zügige Umsetzungsmöglichkeit ihrer Pläne und langfristige Planungssicherheit hinsichtlich der Standortentwicklung und Erreichbarkeit für den Personen- und Güterverkehr.

Die IHK Berlin setzt sich dafür ein, dass die wichtigen Industrie- und Gewerbeflächen profiliert und dazu konkrete Handlungsbedarfe identifiziert werden. Dabei sollen vor allem auch Standorte entwickelt werden, an denen Wirtschaft und Wissenschaft Synergien nutzen.

Um das Wachstum auch im Bereich der öffentlichen Infrastruktur zu meistern, müssen hier Kapazitäten effizienter genutzt und bei Bedarf erweitert werden. Für eine gute Erreichbarkeit der Industrie- und Gewerbeflächen müssen gemeinsam mit den Unternehmen und Standorten gesamtstädtische und mit Brandenburg abgestimmte Konzepte entwickelt werden.

Maßnahmen

- Kataloge mit konkreten Forderungen und Maßnahmen für eine bessere Standortentwicklung der einzelnen Gewerbebestände mit den ansässigen Unternehmen und der Verwaltung entwickeln und deren Umsetzung begleiten

Arbeitsprogramm 2016

- gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt und Unternehmen aller Branchen neues Berliner Wirtschaftsverkehrskonzept erarbeiten
- mit Veranstaltungen und Forderungspapieren zur Nachnutzung von TXL als Urban Tech Republic und weiteren Innovationsstandorten die Notwendigkeit solcher Projekte für den Wirtschaftsstandort Berlin aufzeigen, damit diese in die Investitionsplanungen des Landeshaushaltes aufgenommen werden
- Interessen der Unternehmen im neuen Runden Tisch für Schwertransporte vertreten, um z.B. die Etablierung eines Routennetzes zu erreichen, in welches das Land bei anstehenden Instandhaltungen vorrangig investiert
- ein Positionspapier für eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur erarbeiten, um aufzuzeigen welche Verkehrsprojekte für die Berliner Wirtschaft wichtig sind und deshalb prioritär umgesetzt werden müssen

Ziel: Berlin ist Pilotstadt für angewendete und wirtschaftlich erfolgreiche Smart Solutions - mitgestaltet durch die Bürgerschaft.

Innovativ, nachhaltig, intelligent – diese Attribute stehen aus Sicht der Wirtschaft für ein smartes Berlin der Zukunft. Ein Berlin, das den Herausforderungen des Klimawandels und der demografischen Entwicklungen zukunftsfähige Lösungen entgegensetzt und die das Leben der Menschen erleichtern. Eine Schlüsselrolle spielt dabei der Einsatz digitaler Technologien. Berlin muss hier auf seine bestehenden Kompetenzen aufbauen, wobei die Berliner Wirtschaft durch ihre Innovationskraft eine entscheidende Triebfeder des bereits angestoßenen Prozesses ist.

Die IHK Berlin wird sich deshalb dafür einsetzen, Berlin zu einer Pilotstadt für Smart Solutions zu entwickeln und mehr Smartness beispielsweise in Verkehrs-, Versorgungs- und sozialer Infrastruktur zu erreichen. Wichtig ist, dass Smart-City-Lösungen, die Berliner Unternehmen bereits entwickelt haben, auch in Berlin gezeigt und angewendet werden. Dazu brauchen wir einen regelmäßigen Mittelstandscheck, z.B. um sicherzustellen, dass bei Ausschreibungen für Smart Solutions auch Mittelständler eine Chance haben.

Die IHK Berlin wird sich auch dafür engagieren, dass das Land Berlin mit seinen Beteiligungsgesellschaften zum Vorreiter smarterer Governance-Strukturen wird und bei der Anwendung von Smart Solutions bei öffentlichen Vergaben und Stadtentwicklungsprozessen vorangeht. Die Bürger müssen aktive Mitgestaltungsmöglichkeiten erhalten.

Maßnahmen

- Umsetzungskonzept der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt der „Berliner Smart City Strategie“ analysieren und geeignete Vorschläge entwickeln, die in das Konzept aufgenommen werden
- Vorschläge zur Neuaufstellung des Stakeholder-Managements des Smart-City-Netzwerkes, um zu erreichen, dass dort zukünftig auch geeignete Unternehmen mitwirken können
- Vorschläge zur Einbeziehung des Mittelstandes bei innovativen Infrastrukturprojekten erarbeiten und bei der Berliner Verwaltung in Gesprächen und durch Pressearbeit einbringen
- Umsetzung der Initiative Schaufenster Elektromobilität durch eigene Projekte mitgestalten, z.B. durch gemeinsame Promotionsveranstaltungen mit weiteren Partnern

Ziel: Berlin hat in allen Bezirken profilierte und wirtschaftsstarke Stadtquartiere, die attraktive Orte zum Arbeiten und Leben sind.

Berlin ist eine polyzentrale und lebendige Stadt. Neben den Zentrumsbereichen in der historischen Mitte sowie in der City West lebt Berlin von dem besonderen Charakter seiner Kieze. Diese Besonderheit macht Berlin attraktiv für seine Einwohner sowie die zahlreichen Gäste aus dem In- und Ausland. Um diese Vielfalt besser erlebbar zu machen, gilt es punktuell und stadtweit Maßnahmen zur Verbesserung der Erreichbarkeit und der strukturellen Ausgestaltung anzuwenden.

Die IHK setzt sich dafür ein und wirkt daran mit, dass in auf Landesebene und in den Bezirken die konzeptionelle Grundlage geschaffen wird, um die Berliner Standorte in ihren Besonderheiten zu stärken und eine gute Basis für unternehmerisches Handeln darzustellen. Hierbei unterstützen wir sowohl Politik und Verwaltung und stehen den Unternehmen beratend zur Seite.

Um auch in Zukunft für alle die gute Erreichbarkeit der Quartiere sicherzustellen muss der öffentliche Raum an die Anforderungen der Wirtschaft sowie an neue Mobilitätskonzepte angepasst werden.

Maßnahmen

- neue Mobilitätskonzepte mitentwickeln und deren Umsetzung durch die Bezirke begleiten (z.B. bei Begegnungszonen, CarSharing, Fahrradfreundlichkeit, Reisebusse, Barrierefreiheit); in 2016 Umfrage zur Gestaltung einer Begegnungszone in der Bergmannstraße durchführen und die Planung im Interesse der Gewerbetreibenden begleiten
- durch Veranstaltungen und Befragungen die Unternehmensinteressen an einer guten Erreichbarkeit von Quartieren aufgreifen (z.B. ÖPNV-Haltestellen) und gegenüber der Politik und Verwaltung durchsetzen
- Zentrenkonzepte der Berliner Bezirke durch eigene, mit dem Ehrenamt abgestimmte Vorschläge weiterentwickeln
- Projektberatung für Vertreter von Geschäftsquartieren anbieten
- inhaltlicher Relaunch des PPP-Wettbewerbs MittendrIn Berlin - die Zentreninitiative und Gewinnung neuer (Finanzierungs-)Partner
- neue Wettbewerbsrunde der IHK-Initiative „Schlau aus dem Stau“ vorbereiten (in 2016 Konzepterstellung)
- Datenbasis für den IHK-Online-Gewerbemietenservice quantitativ und qualitativ erweitern, um noch konkretere Auskünfte zu noch mehr Stadtteillagen anbieten zu können; ergänzend dazu nutzerfreundliche App auf den Weg bringen

III. Haushalt und Wettbewerb

Ziel: Der positive Finanzierungssaldo im Berliner Haushalt steigt.

Ein gesunder öffentlicher Haushalt ist die Basis für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort Berlin. Er ermöglicht notwendige Investitionen in Infrastruktur und Bildung, versetzt das Land in die Lage, seine Aufgaben zu finanzieren und damit zu erfüllen und schafft wirtschafts- und finanzpolitische Handlungsspielräume.

Die Aufstellung eines ausgeglichenen Berliner Haushalts ist das finanzpolitische Minimalziel der IHK Berlin. Sie setzt sich darüber hinaus für eine Steigerung des positiven Finanzierungssaldos im Berliner Haushalt ein, da dadurch die finanzpolitischen Spielräume größer werden. Gerade in Zeiten finanzieller Handlungsspielräume ist es wichtig, mit zukunftsgerichteten Haushaltsentscheidungen die Voraussetzungen eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums zu schaffen.

Daher tritt die IHK Berlin gegenüber der Berliner Politik auch für eine deutliche Erhöhung der Investitionsquote ein, die sich rasch dem bundesdeutschen Durchschnitt nähern sollte. Dafür überzeugt die IHK Berlin in Gesprächen mit Politik und Verwaltung mit finanzpolitischen Argumenten, zeigt Konsequenzen einer verfehlten Investitionspolitik auf und unterbreitet eigene Vorschläge zur Beschleunigung von Investitionsvorhaben.

Der hohe Schuldenstand Berlins belastet gegenwärtig und zukünftig den Landeshaushalt. Die IHK Berlin unterstützt den Berliner Senat in den Bestrebungen, den Schuldenstand des Landes zu reduzieren. Sie ist kritischer Mahner bei unzureichender Schuldentilgung und macht sich gegenüber dem Bund für eine angemessene Altschuldenregelung stark.

Maßnahmen

- Faktenpapier „Analyse und Folgewirkungen von Investitionen“ als Anreiz zur weiteren Steigerung der Investitionsquote Berlins erarbeiten
- Vorschlagsliste für die Beschleunigung von Investitionsvorhaben zusammenstellen
- Vorschlagsübersicht „Einsparmöglichkeiten im Berliner Haushalt zur Entlastung der Ausgabenseite“ erarbeiten
- bei der Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs Position der Berliner Wirtschaft innerhalb der IHK-Organisation und in Gesprächen mit der Landes- und Bundespolitik vertreten
- Faktenübersicht „Warum bekommt Berlin zu Recht viel Geld aus dem Länderfinanzausgleich?“ erarbeiten

Ziel: Steuererhöhungen verhindern - Steuererhebung vereinfachen!

Eine kluge Steuer- und Abgabenpolitik ist für die Finanzen des Staates essentiell. Sie sichert zu großen Teilen die Einnahmen des Staates und ermöglicht damit eine zukunftsgerichtete Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand.

Die IHK Berlin setzt sich für eine Steuer- und Abgabenpolitik ein, die die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Wirtschaft berücksichtigt. Die Einführung neuer oder die Erhöhung vorhandener Steuern oder Abgaben sind an diesem Maßstab zu messen und auszurichten.

In Gesprächen mit Politik und Verwaltung stellt sich die IHK Berlin dabei nicht nur gegen unnötige Steuer- und Abgabentatbestände, sondern tritt auch für ein einfaches, rechtssicheres und wirtschaftsfreundliches Steuer- und Abgabenrecht ein. Dazu unterbreitet die IHK Berlin nicht nur Vereinfachungsvorschläge auf regionaler Ebene, sondern wirkt über den DIHK auch

Arbeitsprogramm 2016

an bundespolitischen Steuergesetzen mit. Gerade die Wettbewerbsfähigkeit der Berliner bzw. deutschen Wirtschaft bildet hierfür die Richtschnur des Handelns.

Maßnahmen

- Positionspapier „Gewerbsteuerinitiative“ aktualisieren und gegenüber politisch Verantwortlichen für deren Umsetzung eintreten (Gespräche mit Senatsverwaltung für Finanzen und Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung bis Ende 2016 führen, später mit weiteren politischen Verantwortlichen)
- Übersicht von 30 substanziellen Steuervereinfachungsvorschlägen erarbeiten und für deren Umsetzung auf Landes- und Bundesebene eintreten (Vorschlagsübersicht bis Ende 2016 erarbeiten, später auf Landes- und Bundesebene in politischen Diskurs einbringen)
- Neuregelung des Erbschaftsteuerrechts weiterhin begleiten und für die steuerliche Verschonung von Betriebsvermögen einsetzen

Ziel: Die Unternehmerische Freiheit wächst wieder.

Die IHK Berlin steht für freien und fairen Wettbewerb.

Der freie Wettbewerb ist das zentrale Gestaltungsmerkmal der Sozialen Marktwirtschaft. Er fördert Innovationen und Produktivitätssteigerungen, setzt die richtigen Anreize und verbessert die Konsumentenversorgung. Wettbewerb ist Voraussetzung für die Selbstregulierungskräfte des Marktes.

Aufgabe des Staates ist es, den Wettbewerb durch eine funktionierende Wettbewerbsordnung zu gewährleisten. Rechtliche Einschränkungen sind nur dort erforderlich, wo die Selbstregulierung des Marktes nicht greift, der Markt versagt oder Gefahren für die Marktteilnehmer drohen. Damit die unternehmerische Freiheit wieder wächst, wird die IHK Berlin überflüssigen Markteingriffen (insbesondere bei übertriebenem Verbraucherschutz) entgegentreten und sich für wirtschaftsfreundliche Regulierungen und deren effektiven Vollzug einsetzen.

Aufgabe der Unternehmen ist es, den Wettbewerbsrahmen fair auszufüllen. Gesetzliche Einschränkungen sind überflüssig, wenn sich Unternehmen auch ohne sie anständig verhalten und die Spielregeln beachten. Die IHK Berlin unterstützt Unternehmen dabei, sich wettbewerbskonform zu verhalten und Konflikte mit Wettbewerbern fair zu lösen. Deshalb berät sie zu Rechts- und Steuerfragen, macht Angebote zur außergerichtlichen Streitbeilegung und stellt mit ihren öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen hochwertige Expertise zur Klärung von strittigen Sachfragen bereit. Gleichzeitig setzt sich die IHK Berlin für den Rechts- und Gerichtsstandort Deutschland ein.

Der Staat soll grundsätzlich selbst kein Marktteilnehmer sein und sich nicht am Wettbewerb beteiligen. Die IHK Berlin wendet sich deshalb gegen Verstaatlichungen. Gleichwohl ist der Staat in vielen Bereichen, beispielsweise in der Energiewirtschaft, in der Abfallwirtschaft oder im öffentlichen Personennahverkehr, in Konkurrenz zu privaten Unternehmen tätig. Die IHK Berlin setzt sich hier für mehr Wettbewerb und faire Spielregeln zwischen Staat und Privat ein.

Maßnahmen

- Wirtschaftspolitischen Index „Grad der unternehmerischen Freiheit“ entwickeln (Konzeptionierung und Entwicklung mit wissenschaftlicher Unterstützung bis Ende 2016, später politische Forderungen daraus ableiten)
- für eine Politik der starken Orientierung an den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft durch Gespräche mit politisch Verantwortlichen über das IHK-Positionspapier „Wieder mehr Ludwig Erhard in der Wirtschaftsordnung“ eintreten

Arbeitsprogramm 2016

- Aktivitäten der Landesunternehmen Berlins durch Kommentierung des Berliner Beteiligungsberichts kritisch prüfen und erkennbare Fehlentwicklungen benennen
- Bewertungssystem zur Überprüfung des Erfolges der wirtschaftspolitischen Arbeit der IHK Berlin erarbeiten (Konzept bis Ende 2016 entwickeln, später Prüfung der wirtschaftspolitischen Tätigkeit der IHK Berlin anhand des entwickelten Bewertungssystems)

IV. Standortfaktor Verwaltung

Ziel: Die Berliner Verwaltung entwickelt sich strukturell, personell und prozessual zu einem modernen und effizienten Servicedienstleister für die Stadt.

Wertschöpfung am Standort Berlin darf nicht an ineffektiven Strukturen in der Verwaltung scheitern. Wir wollen erreichen, dass allen Unternehmen - durch eine optimale Angebotsstruktur, einen leichten Zugang und transparente Verfahren - der kürzeste Weg zur Berliner Verwaltung offen steht. Wie also wird aus der Berliner Verwaltung ein echter Service Dienstleister für die Stadt?

- Dafür bedarf es einer einheitlichen Ämterstruktur, einheitlichen Verwaltungshandelns und einer funktionierenden Zusammenarbeit zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen.
- Dafür bedarf es auch eines nachhaltigen und zukunftsorientierten Personalmanagements in den Behörden, um für kommende Herausforderungen gewappnet zu sein. Unternehmen benötigen Ansprechpartner in den Berliner Ämtern, die sich nicht in erster Linie als Behördenvertreter, sondern vielmehr als fachlich qualifizierte Dienstleister verstehen. Nur mit einer grundsätzlichen Willkommenskultur, die durch die Verwaltung vorgelebt wird, kann Berlin als Standort attraktiv für Unternehmen und Bürger bleiben.
- Dafür bedarf es schließlich einer modernen Verwaltungsinfrastruktur. Die Nutzung moderner Kommunikations- und Informationstechnik unabhängig von Ort und Öffnungszeiten der Behörden stellt für die Berliner Wirtschaft einen erheblichen Mehrwert dar. So bietet etwa die Digitalisierung von Prozessen, um Behördengänge elektronisch abwickeln zu können, enorme Entlastungsmöglichkeiten für Unternehmen.

Die IHK setzt sich deshalb grundsätzlich dafür ein, dass Unternehmen eine moderne Struktur in der Berliner Verwaltung vorfinden. Dafür ermittelt die IHK Berlin Schwachstellen im Verwaltungsaufbau, erarbeitet und unterbreitet Lösungsvorschläge aus Sicht der Berliner Wirtschaft. Die IHK Berlin macht sich für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen stark.

Die Umsetzung der Berliner E-Government-Strategie, des Berliner E-Government-Gesetzes (sobald verabschiedet) und des Modernisierungsprogramms „ServiceStadtBerlin 2016“ muss konsequent erfolgen – genauso wie die flächendeckende Umsetzung bekannter und doch bislang verzögerter Projekte, wie z.B. der E-Akte oder die zur Verfügung Stellung der wichtigsten wirtschaftsrelevanten Dienstleistungen als Online-Prozesse.

Maßnahmen

- Vorschläge zur Umgestaltung der Zusammenarbeit zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen im Sinne der Berliner Wirtschaft erarbeiten und mit politischen Akteuren diskutieren
- gemeinsam mit Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Senatskanzlei, ITDZ Handlungsempfehlungen für wirtschaftsfreundliche Abläufe und Prozesse von Verwaltungsverfahren formulieren und adressieren und für Aufnahme in die entsprechenden Programme (z.B. Berliner E-Government-Strategie, Berliner E-Government-Gesetz, Modernisierungsprogramm „ServiceStadtBerlin 2016“) sorgen
- Vorschläge für die Umsetzung der Digitalisierung in der Verwaltung - zum Beispiel die Umsetzung eines Unternehmensportals - unterbreiten und adressieren

Arbeitsprogramm 2016

Ziel: Selbstverwaltungsaufgaben werden unternehmensfreundlich ausgestaltet und umgesetzt.

Unternehmen erwarten von der Berliner Verwaltung zügige, transparente und medienbruchfreie Verwaltungsverfahren. Einen Teil dieser Verfahren erledigt die IHK in Selbstverwaltung: Aus- und Weiterbildung, Sachkundeprüfungen, Sachverständigenbestellung, Stellungnahmen in Handelsregistersachen für die Ausländerbehörde und in Gewerbeuntersagungsverfahren etc.

Die IHK erledigt Selbstverwaltungsaufgaben praxisnäher, effizienter und qualitativ besser als die klassische Verwaltung. Sie führt diese Verfahren wirtschaftsnah durch und steigert kontinuierlich den Grad der Digitalisierung. Die Übertragung neuer hoheitlicher Aufgaben auf die IHK bedarf stets einer kritischen Prüfung darauf, ob diese für die Erledigung in Selbstverwaltung geeignet sind.

Maßnahmen

- Prozesslaufzeiten auf die Einhaltung von Vorgaben aus Qualitätsstandards überprüfen; wo keine Zeiten vorgegeben sind, Zeitvorgaben entwickeln und einhalten
- Erfolg von IHK Stellungnahmen im Rahmen von Gewerbeuntersagungen, Handelsregistereintragen und der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen evaluieren
- bei Einführung neuer Sachkundeprüfungen (z.B. für Immobilienmakler und WEG-Verwalter) in den verschiedenen Gremien der IHK-Organisation weiterhin für die wirtschaftsfreundliche und praxisorientierte Umsetzung einsetzen
- Sach- und Fachkundeprüfungen (14, incl. der neuen Sachkundeprüfung Immobiliendarlehensvermittler), Unterrichtungen (3) und Erlaubnisverfahren Versicherungsvermittler, Registrierungsverfahren Versicherungsvermittler, Finanzanlagenvermittler, Honorarfinanzanlagenberater rechtssicher durchführen
- Prüfer der Sach- und Fachkunde durch entsprechende Schulungen in ihren sozialen, methodischen und fachlichen Kompetenzen ausreichend qualifizieren und weiterbilden
- Bearbeitung der neuen Sachkundeprüfung Immobiliendarlehensvermittler weitgehend medienbruchfrei durchführen
- Präqualifizierende Maßnahme (Vorab-Online-Test) für die Teilnehmer der Fachkundeprüfung Taxi-/ Mietwagenverkehr zur Selbsteinschätzung der Prüfungsbereitschaft entwickeln
- für Teilnehmer der Unterrichtung im Bewachungsgewerbe einen Online-Test entwickeln, zu Einstufung der deutschen Sprachkenntnisse im Hinblick auf die Unterrichtungsthemen
- für weitere Digitalisierung des Erlaubnisverfahrensprozesses (auch gegenüber Bundesämtern über den DIHK) durch die Formulierung eines Anforderungskatalogs der Berliner Wirtschaft einsetzen - u.a. Verzicht auf Unterschrift auf Antragsformular
- Bestellungsverfahren Sachverständige: Elektronischen Sachverständigenakte einführen
- Widerrufe der öffentlichen Bestellung von Sachverständigen rechtssicher durchführen
- ehrenamtliche Handelsrichter: Möglichkeit schaffen, alle Bewerbungsunterlagen elektronisch einzureichen und Vorschläge gegenüber Landegericht Berlin elektronisch übermitteln
- Stellungnahmen Ausländerrecht: Neben der elektronischen Ausländerakte die Möglichkeit ergänzen, Akten von der Ausländerbehörde elektronisch zu erhalten
- Wirtschaftsfreundliche Umsetzung der Immobiliendarlehensvermittlerverordnung durch effizientes Registrierungsverfahren sicherstellen
- Gewerbeuntersagungen: De-Mail für die Korrespondenz mit den Gewerbeämtern einführen

V. Bildung, Fachkräfte, Arbeitsmarkt

Ziel: Berlin wird Deutschlands attraktivste Ausbildungsregion.

Immer weniger junge Menschen entscheiden sich für die Aufnahme einer beruflichen Ausbildung. Der Weg ins Studium oder zu höheren schulischen Abschlüssen erscheint vielen Schülern am Ende ihrer regulären Schulzeit attraktiver. Bei Berliner Unternehmen hingegen ist die Nachfrage nach dual ausgebildeten Fachkräften ungebrochen. Vor allem in sogenannten Engpassberufen wachsen somit die Probleme bei der Stellenbesetzung. Es besteht die Gefahr, dass am Bedarf der Wirtschaft vorbei qualifiziert wird.

Die IHK Berlin setzt sich deshalb dafür ein, die Attraktivität der beruflichen Ausbildung zu steigern. Sie wirbt bei Betrieben und potenziellen Bewerbern für die berufliche Ausbildung und wirkt durch Marketingmaßnahmen und politische Interessenvertretung auf eine positivere Wahrnehmung der Ausbildung in der Gesellschaft hin. Sie entwickelt und bewirbt Angebote, die die berufliche Ausbildung für Teilzielgruppen attraktiver machen. Sie unterstützt Betriebe bei deren eigenem Ausbildungsmarketing und verhilft Ihnen, z.B. durch die Auszeichnung besonderer Leistungen, zu mehr Aufmerksamkeit unter potenziellen Bewerbern.

Für die Erfüllung ihrer hoheitlichen Aufgaben setzt sie sich hohe Qualitätsstandards und trägt durch kompetente Betreuung der Ausbildungsverhältnisse sowie professionell durchgeführte Prüfungen zum positiven Image der Ausbildung bei. Gleichzeitig macht sie sich für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Ausbildungsbetrieben und ihren dualen Partnern, den Berufsschulen, stark.

Maßnahmen

- Ausbildungsprüfungen rechtskonform, qualitativ hochwertig und serviceorientiert durchführen; alle aktiven Prüfer regelmäßig qualifizieren
- Maßnahmen zur Imageverbesserung der dualen Ausbildung erarbeiten, Azubimarketing durchführen
- mehr Angebote für leistungsstarke Schüler und Auszubildende entwickeln und umsetzen; Zusatzqualifikationen und Angebote wie „Mach Zwei“ (Ausbildung + Aufstiegsfortbildung im Gastgewerbe), „Doppelt gut“ (ausbildungsintegrierendes Studium Elektrotechnik an der Beuth-Hochschule) und Your Turn (verkürzte Ausbildung für Studienaussteiger) ausbauen, um zur Durchlässigkeit der Bildungssysteme beizutragen
- Konzept für zielgerichtet Ansprache entwickeln und umsetzen, um inaktive Ausbildungsbetriebe für die Ausbildung zu reaktivieren
- Verbundausbildung bekannter machen, um die Anzahl der Ausbildungsbetriebe zu erhöhen
- Qualifizierungs- und Informationsangebote für Ausbilder und Auszubildende zur Sicherung von Ausbildungsverhältnissen bereitstellen; Seminare und Workshops für Auszubildende (z.B. „Fit für die Berufsausbildung“) und Ausbilder (z.B. Ausbilderwerkstatt zu verschiedenen Themen) durchführen; Merkblatt „Empfehlungen für eine erfolgreiche Ausbildung“ allen Azubis und Ausbildungsbetrieben zugänglich machen; Schlichtungsverfahren in Berliner Berufsschulen bekannt machen
- IHK-Siegel für exzellente Ausbildungsqualität etablieren
- Dialog zwischen Berufsschulen, Betrieben und Auszubildenden fördern, um Lerninhalte aus Theorie und Praxis besser zu verzahnen (z.B. Informationsabende mit Ausbildungsbetrieben, Initiierung des bilateralen oder projektbezogenen Austauschs)
- Konzept entwickeln und umsetzen, um die Initiative Partnerschaft Schule-Betrieb auszubauen; effizientes Monitoring einführen

Arbeitsprogramm 2016

- Bildungsprojekte ausschreiben, auswählen und evaluieren, um die Fachkräftesicherung und den Wissenstransfer sowie die Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit in Berlin zu verbessern
- Interessen der Berliner Wirtschaft in die Projektgruppe Berufsschulreform einbringen

Ziel: Alle Berliner Schulabgänger sind ausbildungsreif.

Berliner Schulabgängern mangelt es zu häufig an der für den Berufseinstieg nötigen Ausbildungsreife. Viele Schüler kennen nur einen Bruchteil der über 300 Ausbildungsberufe und haben sich bis zum Ende ihrer Schulzeit nur unzureichend mit ihrer persönlichen Berufswahl auseinandergesetzt. Für Berliner Betriebe wird es deshalb immer schwieriger, geeignete Bewerber für ihre Ausbildungsplätze zu finden. Das sogenannte Mismatch wächst: Auf der einen Seite können etliche Ausbildungsplätze nicht besetzt werden, auf der anderen Seite steigt die Zahl der unversorgten Bewerber.

Die IHK Berlin setzt sich deshalb für eine bessere Berufsorientierung an den Berliner Schulen ein. Sie vertritt die Interessen der Wirtschaft gegenüber dem Berliner Senat, indem sie die Stärkung der Berufsorientierung an den Schulen einfordert und sich in die Erarbeitung entsprechender bildungspolitischer Reformen aktiv einbringt.

In der Praxis unterstützt die IHK Berlin Schulen und Unternehmen bei der Umsetzung einer wirtschaftsnahen Berufsorientierung durch verschiedene Projekte, Veranstaltungen, Messen und Aktionen. Sie vermittelt Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen und berät diese bei der Durchführung gemeinsamer Projekte. Sie bietet Informationen und Beratung zur Durchführung von Praktika an und stellt mit der IHK-Lehrstellenbörse eine Plattform zur Veröffentlichung von Praktikumsangeboten zur Verfügung. Um auch den Lehrkräften Eindrücke aus der betrieblichen Praxis zu ermöglichen, vermittelt sie Plätze für Lehrkräftepraktika. Mit Blick auf die wachsenden Fachkräftelücken in den sogenannten MINT-Berufen fördert sie mit dem Projekt „Haus der kleinen Forscher“ Technikneugier und –begeisterung schon im Vorschulalter.

Maßnahmen

- Messen zur Berufsorientierung durchführen, evaluieren und ggf. überarbeiten; neue Ansätze erproben, z.B. Tage der Berufsausbildung, Last Minute Börse, Studienaussteigermesse, Deutsch-Türkische Ausbildungsmesse
- Projekte und Aktionen zur Berufsorientierung mit den Schulen durchführen, z.B. IHK-Kompetenzcheck, Girls‘ Day
- bei Unternehmen für mehr Praktikumsplätze für Lehrkräfte werben; dabei idealerweise auf bestehenden Schulkooperationen aufbauen
- Konzept zur zielgruppenbezogenen Vermarktung der Praktikumsbörse erarbeiten und umsetzen
- Netzwerk Haus der kleinen Forscher ausbauen: bei Kitas von 812 auf 900 steigern, bei Horten und Grundschulen von 180 auf 210 steigern

Arbeitsprogramm 2016

Ziel: Alle Berliner Schulabgänger, die sich für eine Karriere mit Lehre entscheiden, treten ohne schulische Umwege einen betrieblichen Ausbildungsplatz an.

Berliner Schulabgänger stehen vor der Entscheidung, auf welchem Weg sie in das Berufsleben starten. Neben beruflicher Ausbildung und Studium bietet die Berliner Bildungslandschaft noch immer ein Überangebot an subsidiären Maßnahmen. In dieses sogenannte Übergangssystem von schulischen Berufsvorbereitungs- und Ausbildungsmaßnahmen geht ein erheblicher Anteil der Berliner Schulabgänger ein. Gleichzeitig wächst die Herausforderung der Berliner Ausbildungsbetriebe, geeignete Bewerber für die betriebliche Ausbildung zu finden.

Die IHK Berlin setzt sich deshalb dafür ein, dass Schulabgänger ohne Umwege in die betriebliche Ausbildung gelangen. Auf politischer Ebene fordert sie eine bessere Koordination der subsidiären Bildungsangebote, ausgerichtet am tatsächlichen Bedarf auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Sie beteiligt sich an strukturellen Reformprozessen wie der Einführung der Jugendberufsagentur und des Landeskonzeptes für Berufsorientierung und wirkt so auf eine effektivere Schnittstelle am Übergang von der Schule in den Beruf hin.

Die IHK Berlin setzt sich auch im unmittelbaren Kontakt mit Unternehmen und (potenziellen) Auszubildenden für den direkten Übergang von der Schule in die duale Ausbildung ein. Sie bietet persönliche Beratungen sowohl für Unternehmen als auch für Bewerber an und vermittelt im „Matching“-Prozess. Auf Messen und Veranstaltungen bringt sie Unternehmen und Ausbildungsinteressierte zusammen. Die Zusammenarbeit mit strategischen Partnern wie der Agentur für Arbeit oder der Handwerkskammer stellt den Erfolg der Maßnahmen auch in der Breite sicher. Einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des Übergangs in die betriebliche Ausbildung werden auch die von der Berliner Wirtschaft geförderten Bildungsprojekte leisten.

Maßnahmen

- Zusammenarbeit mit der Jugendberufsagentur entwickeln und passgenaues Angebot der Berliner Wirtschaft zur Ausbildung oder Qualifizierung kommunizieren
- Strukturen für einen präzisen Datenaustausch mit der Arbeitsagentur optimieren, um Ausbildungsplätze passgenauer zu besetzen
- das Angebot der Passgenauen Besetzung als Marke etablieren und weitere Bewerbergruppen z.B. geflüchtete Menschen (für EQ-Praktika) gewinnen
- Studienaussteigerprojekte Your Turn auf weitere Berufe ausdehnen, Studienaussteigermesse jährlich durchführen
- Matching-Veranstaltungen mit neuen Formaten etablieren und regelmäßig umsetzen. (Bsp. Speed-Dating Büroberufe)
- gezielt Plätze für Einstiegsqualifizierungen einwerben, unter anderem für geflüchtete Menschen

Ziel: Den Berliner Unternehmen gelingt die Fachkräftesicherung.

Der Fachkräftemangel ist in vielen Betrieben bereits Realität: Ausbildungsplätze bleiben länger unbesetzt und spezialisierte Fachkräfte sind schwer zu finden. Für eine zukunftsfähige Personalpolitik ist daher der unternehmerische Weitblick unabdingbar, der sowohl die Personalentwicklung im eignen Unternehmen als auch die Entwicklung des Fachkräftemarktes verfolgt. Unternehmen profitieren also davon, wenn sie ihren Fachkräftebedarf heute und in Zukunft verlässlich einschätzen können. Um für diesen Bedarf Fachkräfte zu gewinnen und an sich zu binden, muss sich das Unternehmen als guter und mitarbeiterorientierter Arbeitgeber positionieren.

Dafür wird die IHK Berlin gezielt Informationen und Angebote bereitstellen, hierzu gehören insbesondere das Fachkräfteportal Berlin mit dem IHK-Fachkräftemonitor und dem IHK-

Arbeitsprogramm 2016

Demografierechner. In Veranstaltungen und Publikationen werden Teilaspekte der Fachkräftesicherung insbesondere für den Mittelstand thematisiert und dargestellt. Gute Lösungen und Praxisbeispiele machen wir öffentlich und zeichnen diese aus. Gegenüber der Politik tritt die IHK für adäquate Rahmenbedingungen ein, die die Fachkräftesicherung der Berliner Wirtschaft ermöglichen und fördern.

Maßnahmen

- Fachkräftesituation Berlins mittels IHK-Fachkräftemonitor darstellen, interpretieren und veröffentlichen
- strategischen Personalmanagement: Netzwerk für den unternehmerischen Austausch dazu initiieren, Handlungsempfehlungen für Unternehmen formulieren, Gestaltungsvorschläge für Rahmenbedingungen ableiten und an die Politik adressieren
- für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Instrument der Fachkräftesicherung durch Veröffentlichungen bei den Unternehmen werben, gute Beispiele im Rahmen eines Landeswettbewerbes auszeichnen sowie für geeignete Rahmenbedingungen gegenüber der Politik eintreten
- Zusammenarbeit mit bestehenden Frauennetzwerken intensivieren und Veranstaltungen anbieten, um den Austausch zu Entwicklungspotenzialen von weiblichen Führungskräfte zu ermöglichen und für mehr Frauen in Führungspositionen zu werben
- Unternehmen bei der Integration ausländischer Fachkräfte beispielsweise durch Angebote des Business Welcome Service sowie der Anerkennungsberatung unterstützen
- Unternehmen, Fachkräfte mit ausländischen Abschlüssen, Asylsuchende und Flüchtlinge über die Möglichkeiten der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse sowie - bei fehlenden Dokumenten – zu einer Qualifikationsanalyse beraten

Ziel: Der Berliner Arbeitsmarkt ist der Top-Jobgenerator der Republik, es entstehen mehr Arbeitsplätze als im Bundesländervergleich.

Trotz einer im Bundesländervergleich nach wie vor hohen Arbeitslosenquote, profiliert sich der Berliner Arbeitsmarkt zunehmend als „Jobgenerator“. Die Hauptstadt sticht durch einen beachtlichen Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse hervor. Unbefriedigend bleibt die nach wie vor hohe Quote bei der Jugendarbeitslosigkeit. Diese Herausforderung gilt es durch gezielte Maßnahmen ebenso anzugehen wie die Integration von Personen mit Migrationshintergrund und Asylsuchender in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt.

Die IHK Berlin analysiert, interpretiert und veröffentlicht regelmäßig Auswertungen zur Arbeitsmarktsituation Berlins. Auf dieser Grundlage, formuliert die IHK Berlin Handlungsempfehlungen, um den Aufbau regulärer Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu stärken und Schwarzarbeit zurück zu drängen. Ein Einfließen dieser Vorschläge in entsprechende Programme und Standpunkte des Senats, der Bundesagentur für Arbeit und anderer arbeitsmarktpolitischer Akteure ist der Anspruch der IHK Berlin.

Maßnahmen

- Arbeitsmarktsituation Berlins darstellen, interpretieren und veröffentlichen
- gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen und der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit Handlungsempfehlungen zur wirtschaftsfreundlichen Ausgestaltung des Arbeitsmarktes formulieren, adressieren und für Aufnahme in die entsprechenden Programme (z.B. BerlinArbeit, Rahmen-Arbeitsmarktprogramm, Zukunftsprogramm Berlin-Brandenburg) sorgen

Arbeitsprogramm 2016

- Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit aus Unternehmensperspektive verbessern; dafür Hindernisse in Struktur und Ablauf des Asylverfahrens identifizieren, Verbesserungsvorschläge formulieren und gegenüber den Beteiligten adressieren und auf gemeinsam Umsetzung drängen
- betriebliche Berufsausbildung und Einstiegsqualifizierung (EQ) als Perspektive für junge Asylsuchende und Flüchtlinge kommunizieren

Ziel: Berliner Unternehmen und Fachkräfte nutzen die berufliche Weiterbildung verstärkt als strategisches Entwicklungsinstrument.

Berufliche Erstausbildung ist für Berliner Unternehmen nach wie vor der Königsweg zur Fachkräftesicherung. Vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten bei der Besetzung angebotener Ausbildungsplätze gilt es jetzt, gute Rahmenbedingungen für berufliche Weiterbildung zu setzen und gleichzeitig ein Weiterbildungsbewusstsein und eine echte Weiterbildungskultur zu etablieren. Das kann nur gelingen, wenn den festgestellten Weiterbildungsbedarfen der Unternehmen passgenaue und qualitativ hochwertige Angebote gegenüberstehen.

Die IHK Berlin setzt sich für einen freien und vielfältigen Weiterbildungsmarkt ein. Sie berät Unternehmen und Fachkräfte kompetent und neutral zu den Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung. Im Bereich der klassischen Aufstiegsfortbildung führt sie hoheitliche Prüfungen durch, die Unternehmen und Fachkräften einen standardisierten und bundesweit anerkannten Rahmen für Kompetenzentwicklung bietet. Unter Einbindung des Ehrenamts stellt sie qualitativ einwandfreie und rechtskonforme Prüfungen auf hohem Niveau sicher und trägt damit direkt zur Sicherung des Fachkräftebedarfs der Berliner Wirtschaft bei.

Darüber hinaus beobachtet und analysiert sie den Markt, greift Markttrends auf und bietet eigene Weiterbildungsangebote an, die Lücken schließen und dabei konsequent am Bedarf der Berliner Unternehmen ausgerichtet sind. Dabei achtet die IHK Berlin darauf, nicht in Wettbewerb zu den eigenen Mitgliedsbetrieben zu treten.

Maßnahmen

- rechtskonforme, qualitativ hochwertige und serviceorientierte Durchführung der Weiterbildungsprüfungen sichern, Mitarbeiter und aktive Prüfer regelmäßig qualifizieren
- bestehendes Portfolio an Weiterbildungsprüfungen evaluieren und bedarfsorientiert erweitern
- Weiterbildungsmarketing ausbauen, mehr Werbung für Begabtenförderung und Best-Practice-Beispiele aus den Unternehmen machen, um die Weiterbildungskultur in Berliner Unternehmen zu fördern
- Qualifizierungsberatung für Unternehmen etablieren
- Lehrgänge und Seminare bedarfsgerecht weiter oder neu entwickeln und durchführen, dabei ausgewählte Lehrgangsangebote als „Blended Learning“ Format pilotieren
- Fachkräfte zu IHK Aufstiegsfortbildungen und unter Einbindung Berliner Beraternetzwerke neutral zu Bildungsangeboten beraten
- Öffentlichkeitswirksam den „besten Weiterbildungsbetrieb“ ehren, dazu Konzeption im Jahr 2016, Umsetzung ab 2017
- neues Format zur Ehrung der Besten Absolventen von Aus- und Weiterbildung entwickeln und umsetzen

VI. Innovation, Technologie und Wissenschaft

Ziel: Berlin wird zur Modellstadt für die Umsetzung innovativer Ideen in marktreife Produkte und Verfahren.

Die Innovationsstärke der Berliner Unternehmen setzt internationale Maßstäbe, schützt vor krisenbedingten Konjunkturschwankungen und schafft Wettbewerbsvorteile. Die IHK Berlin unterstützt innovative Unternehmen mit Informations- und Vernetzungsangeboten, damit diese Stärke weiter ausgebaut und die Position Berlin im Wettbewerb der Innovationsregionen behauptet wird.

Basis für diese Entwicklung ist ein ganzheitliches Innovationsmanagement, das in den Berliner Unternehmen fest verankert ist. Die IHK Berlin setzt sich dafür ein, dass die Politik diesen Prozess in den Unternehmen noch stringenter flankiert: Etwa indem sich Innovationspolitik und –förderung konsequent auf die Stärken in der Berliner Wirtschaft und Wissenschaft konzentriert, um die Potentiale optimal zu nutzen. Ein wichtiger Aspekt ist zudem die Realisierung von Leuchtturmprojekten und Best Practices im Stadtgebiet, die Berlin als Referenzstandort für Innovationen und Zukunftstechnologien international sichtbar machen und den Unternehmen das Etablieren neuer Produkte und Services am Markt erleichtern.

Maßnahmen

- neue innovationsfördernde Angebote/Maßnahmen des Landes Berlin (z.B. Förderprogramme, Wirtschaftskonferenzen, digitale Plattformen) mit den innovationspolitischen Prüfsteinen der IHK Berlin auf Wirksamkeit evaluieren; Optimierungsbedarfe identifizieren und mit den jeweiligen Federführern in Verwaltung/Politik/Förderinstitutionen diskutieren und umsetzen
- IHK-Angebot zur Stärkung einer innovationsfördernden Unternehmenskultur ausbauen: Best-practices identifizieren und bekannt machen, Konzept für eine Best-practice-Besuchsreihe in 2016 entwickeln; Umsetzung folgt in 2017
- jährlichen Innovationstag im LEH konzipieren und 2016 erstmals durchführen
- Entwicklung eines Tools, das bei der Erstellung von „Forschung und Entwicklung-Kooperationsverträgen“ unterstützt, im Jahr 2016 Konzipierung und Start, im Jahr 2017 Fertigstellung
- Sprechstunde „Gewerbliche Schutzrechte“ auf der Grundlage des spezifischen Informationsbedarfs der Unternehmen und eventueller Veränderungen der einschlägigen Beratungs- und Förderlandschaft konzeptionell weiterentwickeln
- Konzept zur Erweiterung des CE-Informationsangebots auf Drittländer (Compliance) erstellen und zielgruppengerecht umsetzen

Ziel: Hightech-Unternehmen wachsen in Berlin stärker als bisher und ihre Zahl nimmt zu.

Berliner Unternehmen sind überdurchschnittlich innovations- und technologieorientiert. Im Zuge der Digitalisierung werden immer mehr Wirtschaftszweige von modernen Technologien durchdrungen. Eine digitale Agenda für Berlin, die von allen Partnern gemeinsam getragen wird und die Vielzahl von Einzelaktivitäten in Berlin unter einem Dach vereint, baut auf dieser guten Ausgangsposition auf und nutzt sie konsequent. Die IHK Berlin wird sich für eine digitale Agenda einsetzen und besonderes Augenmerk darauf legen, dass der Schritt von der Planung in die Umsetzung vollzogen und auch die erforderlichen Grundlagen etwa durch bedarfsgerechten Infrastrukturausbau geschaffen werden.

Damit der Standort Berlin sein Profil weiter schärft, der Hightech-Sektor an Gewicht in der Berliner Wirtschaft gewinnt und Berlin zu einem international anerkannten Standort für

Arbeitsprogramm 2016

Spitzentechnologien in Europa wird, bedarf es verlässlicher wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen und eines wachstumsfördernden Klimas für Hightech-Gründer und etablierte Unternehmen. Die IHK Berlin wird sich für eine breite Akzeptanz für neue Technologien in Gesellschaft und Wirtschaft gleichermaßen einsetzen wie für funktionierende Netzwerke, auch für den Wissenstransfer.

Maßnahmen

- Zielgrößen und Bezugsrahmen für Messbarkeit des Beitrags der Hightech-Unternehmen zur Bruttowertschöpfung und Wachstumsraten der F&E-Ausgaben in der Spitzentechnologie ermitteln
- Spitzentechnologiesektor (überregional) und Position Berlins analysieren und bewerten; relevante Technologietrends identifizieren, Informations-, Beratungs- und Netzwerkangebote für die regionale Wirtschaft daraus generieren, ggf. politischen Handlungsbedarf ableiten und adressieren; davon in 2016: Definition und Analyse
- Situation der High-Tech-Gründer in Berlin analysieren, daraus Handlungsbedarf für weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen ableiten und adressieren
- Chancen und Potentiale von Big Data identifizieren und kommunizieren; Verfügbarkeit von Daten, insbesondere von nicht personenbezogenen Daten der öffentlichen Hand vorantreiben (Open Data) und konsequent und verlässlich für neue Geschäftsmodelle und die Optimierung von Prozessen zur Verfügung stellen, davon in 2016: Ist-Zustand analysieren und bewerten, Hürden und Hemmnisse gemeinsam mit Unternehmen herausarbeiten
- infrastrukturelle Voraussetzungen im öffentlichen Raum (Breitband, Hardware, Software) analysieren, die Berlin als potentieller Spitzenstandort im Bereich IT/Digitalisierung/Informatik etc. benötigt; politischen Handlungskatalog erstellen, davon im Jahr 2016: Analyse des Ist-Zustandes sowie der Bedarfe und der Erfahrungen der Unternehmen
- Digitalisierung: Spezifische Chancen und Bedürfnisse der Berliner Wirtschaft analysieren und kommunizieren, im Jahr 2016 Forderungskatalog der Berliner Wirtschaft für eine langfristige Digitale Agenda in Berlin vorlegen und Handlungsempfehlungen erarbeiten
- Maßnahme-/Handlungskatalog für Unternehmen zur Gewährleistung ihrer IT-Sicherheit erstellen
- Industrie 4.0: Kompetenz von Berliner Unternehmen und Wissenschaft sichtbar machen; spezifische Veranstaltungsformate und Informationen konzipieren und anbieten, die den konkreten Unterstützungsbedarf der Unternehmen zur Bewältigung der Herausforderungen von Industrie 4.0 aufnehmen; in 2016 insbesondere Vollständige Integration von Industrie.4.0 auf marktreif.berlin, Leitfaden für KMU für ihren Weg in die Industrie 4.0
- Dienstleistungsangebote hinsichtlich Förderung, Forschung & Entwicklung, Vernetzung und Kooperationen für Industrieunternehmen transparent machen
- Netzwerke (Wirtschaft, Wissenschaft, Intermediäre) im Technologiesektor weiter ausbauen; Synergien mit anderen Intermediären nutzen und Potentiale bündeln
- Kooperationsplattform marktreif.berlin als Instrument zur Förderung von Kooperationen technologie- und innovationsorientierter Unternehmen mit der Wissenschaft weiter qualifizieren, in 2016 insbesondere: Service-Angebote ausbauen und optimieren, englischen Servicebereich ausbauen; Innovation Labs integrieren

Arbeitsprogramm 2016

Ziel: Berlin gehört in Europa zu den TOP 3 Wissenschaftsstandorten, an denen aus Wissen Wachstum wird.

Die Berliner Wissenschaftslandschaft ist dicht und vielfältig und steht weltweit für Spitzenforschung und -lehre. Sie ist ein wichtiger Standortfaktor, von dem die Wirtschaft in vielfacher Hinsicht profitiert. Im nationalen und internationalen Wettbewerb wird diese Position der Berliner Wissenschaft weiter ausgebaut.

Die IHK Berlin wird sich für die notwendigen Rahmenbedingungen einsetzen, damit die Berliner Hochschulen national und international sichtbar werden. Ziel ist es dabei, dass die Berliner Wissenschaft durch innovative Ansätze und neue Konzepte und Methoden noch stärker zum Schlüssel für Fachkräftesicherung und Innovationsfähigkeit der Berliner Wirtschaft und damit zum Treiber für die wirtschaftliche Entwicklung der Hauptstadt wird.

Maßnahmen

- Gutachten zur Identifizierung vergleichbarer Wissenschaftsstandorte in Europa beauftragen, Benchmarks entwickeln und auf der Grundlage der identifizierten Best Practices Handlungsempfehlungen für die Politik ableiten, 2016: Ausschreibung und Beauftragung des Gutachtens; 2017: Fertigstellung und Kommunikation
- IHK-Position zur Fortführung der Exzellenzinitiative des Bundes schärfen, Kommunikationskonzept erarbeiten und umsetzen
- Position zu den Berliner Hochschulverträgen 2018-2021 erarbeiten
- Wissenschafts- und Technologietransfer durch neue Ansätze und IHK-Formate fördern, dazu in 2016 Konzept erarbeiten und mit der Umsetzung beginnen
- Hindernisse für nachhaltige Finanzierung von Ausgründungsstellen analysieren und Lösungen entwickeln
- im Kuratorium des IFAF zur Förderung von Kooperationsprojekten Wirtschaft/ Wissenschaft mitarbeiten
- Initiative „Praktikum in der Berliner Wirtschaft“ verstärken, dazu in 2016 Maßnahmen- und Kommunikationskonzept entwickeln, Umsetzung anstoßen

VII. Umwelt und Ressourcen

Ziel: Berlin wird Deutschlands Schrittmacher einer marktwirtschaftlichen Energiewende.

Berlin hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 zur klimaneutralen Stadt zu werden. Dieser Transformationsprozess, der sich in den Kontext der Energiewende in Deutschland einordnet, erfordert große Anstrengungen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei setzt sich die IHK dafür ein, dass energie- und klimapolitische Weichenstellungen die (Berliner) Wirtschaft nicht überlasten. Stattdessen gilt es, mit Hilfe marktwirtschaftlicher und technologieoffener Instrumente, verlässlicher Regularien und langfristig planbarer Investitionshorizonte die Potenziale der Wirtschaft so einzusetzen, dass die Energiewende und die Zielsetzung eines klimaneutralen Berlins zum Erfolg werden.

Die IHK wird sich für eine an den Zielen von Marktwirtschaft und Wettbewerb ausgerichtete Energiepolitik im Bund und in Berlin einsetzen. Sie fordert deshalb, dass

- Versorgungssicherheit, die Gewährleistung bezahlbarer Strompreise und der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft neben dem Ausbau erneuerbarer Energien gleichberechtigte Ziele der Energiewende sind;
- das künftige Strommarktdesign sicher, kosteneffizient und unter Beibehaltung von Wettbewerb ausgestaltet wird;
- bei der Umsetzung der Energiewende in Berlin effiziente Management- und Organisationsstrukturen zum Tragen kommen.

Um diesen Prozess zu begleiten, wird die IHK Berliner Unternehmen dabei unterstützen, eigene Energieeffizienzpotenziale zu identifizieren, rechtzeitig auf regulatorische Veränderungen reagieren zu können und intelligente Energietechnologien auf den Markt zu bringen. Sie wird sich aktiv um die Einrichtung von überbetrieblichen Energieeffizienz-Netzwerken in Berlin bemühen, Angebote für den Aufbau von innerbetrieblichem Energie-Knowhow machen und Best-Practices in der Stadt aktiv kommunizieren.

Maßnahmen

- IHK-Modell zur Organisation der Energiewende in Berlin vorantreiben, im Jahr 2016 insbesondere darauf hinarbeiten, dass das Modell in Wahlprogrammen und Koalitionsvereinbarung verankert wird
- Energieeffizienz-Netzwerke etablieren und fördern, im Jahr 2016 Etablierung eines neuen Energie-Effizienz-Tisches in Berlin
- Kompetenzaufbau und Fachqualifikation in den Berliner Unternehmen fördern, im Jahr 2016 insbesondere: Evaluation des ersten Energie-Scout-Durchgangs und gegebenenfalls Start eines neuen Durchgangs
- energiespezifisches Wissen durch zielgruppengerechte Informationsangebote, Veranstaltungen und Gesprächskreise für Unternehmen zur Verfügung stellen und Unternehmensaustausch fördern
- Fortschreibung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms und dessen Maßnahmenplanung im Sinne der Wirtschaft begleiten
- energie- und klimapolitische Rahmensetzung verfolgen und über Handlungsempfehlungen und Stellungnahmen Wirtschaftsinteressen einbringen, im Jahr 2016 insbesondere zu den Themen Erneuerbare Energien, Gebäudestrategie, Energiemarktdesign und Effizienzstrategie

Arbeitsprogramm 2016

Ziel: Berlin ist Deutschlands Modellstadt für umweltfreundliches Wirtschaften.

Anforderungen zum Schutz von Mensch und Umwelt werden zunehmend durch Europa vorgegeben – sie gehören zu den strengsten der Welt. Doch nachhaltiges Wirtschaften ist nicht nur Pflichterfüllung: Durch den umweltschonenden Umgang mit wertvollen Ressourcen können Unternehmen Kosten senken, bleiben innovativ und erhöhen ihre Wettbewerbsfähigkeit. Damit Umweltschutz aber zu einer Win-Win-Situation für Umwelt und Wirtschaft wird, muss die Umweltpolitik ein ausgewogenes Verhältnis zwischen ökonomischen Zielen und ökologischen Ansprüchen schaffen.

Indem sie die rechtliche Rahmensetzung auf EU-, Bundes- und Landesebene analysiert und Chancen und Herausforderungen benennt, ist die IHK Berlin der zentrale Impulsgeber für erfolgreichen und zugleich wirtschaftsfreundlichen Umweltschutz in der Hauptstadt. Sie setzt sich über konkrete Handlungsempfehlungen für die Gestaltung optimaler Rahmenbedingungen ein. Dabei macht sich die IHK für eine regional nachhaltige Infrastruktur sowie serviceorientierte Verfahren stark und achtet neben Bürokratieentlastung gleichfalls auf die Konsistenz von Vorgaben aus unterschiedlichen umweltgesetzlichen und übergreifenden Rechtsbereichen.

Die IHK wird sich daher für eine an den Zielen von Marktwirtschaft und Wettbewerb ausgerichtete Umweltpolitik EU, Bund und in Berlin einsetzen. Sie fordert deshalb, dass

- die Preisgestaltung in den Bereichen Trink- und Abwasserversorgung sowie Kreislaufwirtschaft nicht zu Standortnachteilen führt;
- Wettbewerb und eine funktionierende Marktwirtschaft grundlegende Prinzipien im Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen bleiben;
- umweltrechtliche Vorgaben unbürokratisch und kosteneffizient umgesetzt werden;
- umweltpolitische Vorgaben für Berliner Unternehmen nicht zu Nachteilen im Standortvergleich führen.

Umweltspezifisches Wissen stellt die IHK durch zielgruppengerechte Informationsangebote wie z.B. Veranstaltungen, Gesprächskreise, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit für die Berliner Unternehmen sowie Politik und Verwaltung zur Verfügung. Sie unterstützt die Betriebe zudem bei der Umsetzung umweltgesetzlicher Anforderungen.

Maßnahmen

- für eine effiziente und wettbewerbsfähige Kreislaufwirtschaft eintreten, in 2016 insbesondere durch die Begleitung der Novellierung von Wertstoffgesetz und Gewerbeabfallverordnung sowie ein Eckpunktepapier zur Verwertungssituation mineralischer Bauabfälle
- Belastung von Unternehmen durch Immissionsschutzauflagen und Genehmigungsverfahren verringern, in 2016 insbesondere durch die Erarbeitung eines Genehmigungsleitfadens, Dialoggespräche zwischen Unternehmen und Behörden sowie die Begleitung der Luft- und Lärminderungsplanung insbesondere mit Blick auf einen nachhaltigen Wirtschaftsverkehr
- eine zukunftsfähige Berliner Wasserwirtschaft etablieren, in 2016 insbesondere durch die Unterstützung von Modellprojekten zur Bauwerksabdichtung im Bereich steigender Grundwasserstände, die effiziente Umsetzung neuer bundesrechtlicher Anforderungen an Anlagen mit wassergefährdenden Stoffen und das Eintreten für wettbewerbsfähige Trink- und Abwasserpreise
- Unternehmen auf die Veränderungen des europäischen Chemikalienrechts vorbereiten, in 2016 insbesondere bei der Novellierung der deutschen Chemikalienverbots- und Gefahrstoffverordnung

Arbeitsprogramm 2016

- Naturschutz und Klimaanpassung in Unternehmen fördern, in 2016 insbesondere durch das Ausloten von Kooperationsmöglichkeiten von organisiertem Naturschutz mit der Wirtschaft sowie der Begleitung der Berliner Strategie zur Anpassung an den Klimawandel.

Ziel: Berliner Unternehmen sind in allen Leitmärkten der Umweltwirtschaft unter den TOP 5 in Deutschland vertreten.

Grüne Technologien sind eine Erfolgsgeschichte. Mit einem durchschnittlichen Wachstum von jährlich 12 Prozent seit 2007 hat sich die Green Economy in Deutschland von einem Nischendasein in den Mittelpunkt wirtschaftlicher Wachstumsstrategien vorgearbeitet. Der Wirtschaftsstandort Berlin ist für die Green Economy schon heute ein Aushängeschild. Mehr als 75.000 Beschäftigte in 6.200 Unternehmen tragen erheblich zur wirtschaftlichen Entwicklung der Hauptstadt bei. Von der Wachstumsdynamik grüner Leitmärkte kann die Hauptstadt auch zukünftig kräftig profitieren, denn gesellschaftlichen Herausforderungen wie Klimawandel, Rohstoffknappheit und demografischem Wandel begegnet die Wirtschaft insgesamt mit innovativen technologischen Lösungen und Beschäftigungswachstum. Dabei muss die Politik die Unternehmen der Stadt mit den richtigen Strukturen und intelligenten Instrumenten zum aktiven Partner in der Umwelt- und Klimapolitik machen.

Die IHK gibt konkrete Handlungsempfehlungen für die Gestaltung optimaler Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Green Economy. Vor diesem Hintergrund fordert sie, dass

- das Innovationsumfeld am Standort durch die Schaffung eines Clusters Green Economy optimiert wird;
- der umweltpolitische Rahmen Innovationen in der Green Economy befördert;
- innovative Umwelttechnologien als Teil einer Smart City in Berlin gezielt zur Anwendung gebracht werden.

Gleichzeitig stellt die IHK Unternehmen Fachwissen zu innovativen Technologien und Umweltmanagementsystemen zur Verfügung und gibt sie in unterschiedlichen Formaten (z.B. Fachgesprächen, Veranstaltungen, Publikationen, Netzwerken, gezielte Öffentlichkeitsarbeit) an Unternehmen, Politik und Verwaltung weiter. Sie identifiziert Wachstumskerne und unterstützt den Wissens- und Technologietransfer durch die Kooperation von Hochschulen mit Unternehmen sowie die Vernetzung von Startups der Green Economy mit dem Mittelstand.

Maßnahmen

- Wettbewerbschancen für Unternehmen der Green Economy erhöhen, in 2016 insbesondere Evaluation der Leistungsfähigkeit der Berliner Umweltwirtschaft auf Basis gezielter Leistungsindikatoren, sowie durch Unterstützung von „grünen“ Start-ups durch deren Vernetzung mit dem Mittelstand
- Maßnahmen zur Förderung von Umweltmanagementsystemen entwickeln und in den politischen Raum einbringen, insbesondere durch eine kundenorientierte Führung des EMAS-Registers nach IHK-Qualitätsstandard
- mit Partnern einen Wettbewerb „Firmengärten in Berlin“ entwickeln und durchführen, der mit den Aktivitäten zur Vorbereitung der IGA 2017 gekoppelt wird
- mit dem Wettbewerb „Klimaschutzpartner des Jahres“ neue Umwelt- und Klimaschutzprojekte in Berlin identifizieren und Best-Practices für Klimaschutz öffentlichkeitswirksam für Nachahmer kommunizieren
- die IHK-Umweltdatenbank UMFIS weiterentwickeln und vermarkten

VIII. Internationalisierung der Berliner Wirtschaft

Ziel: Die Internationalisierung der Berliner Wirtschaft nimmt jährlich zu.

Der Außenhandel ist eine wichtige Säule der Berliner Wirtschaft. Hier leistet mittlerweile fast jeder dritte Arbeitsplatz einen Beitrag zur Außenwirtschaft. Berliner Unternehmen verkaufen jährlich Waren im Wert von über 10 Milliarden Euro ins Ausland. Die IHK Berlin setzt sich dafür ein, dass die Internationalisierung der Berliner Wirtschaft durch zielgerichtete Maßnahmen jährlich gesteigert wird:

Die strategischen Leitlinien für die Außenwirtschaft Berlins werden im Dialog mit den Wirtschaftsförderern der Stadt festgelegt und umgesetzt. Die verstärkte Zusammenarbeit auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene sowie in internationalen Netzwerken zielt darauf, dass die Rahmenbedingungen für Berliner Unternehmen im Auslandsgeschäft verbessert werden und ihnen auch der Zugang zu internationalen Entscheidungsträgern und Informationen erleichtert wird.

Berliner Unternehmen erhalten zudem ein Angebot an politisch begleiteten und branchenspezifischen Delegationsreisen in ihre internationalen Schwerpunktmärkte. Parallel werden sie bei der Kooperationspartnersuche durch bestehende, aber auch neue Veranstaltungsformate unterstützt. Delegationen aus dem Ausland sind ein weiterer wichtiger Bestandteil bei der Geschäftspartnersuche und der Erschließung neuer Märkte. Die Berliner Unternehmen werden durch ein „Servicepackage International“ durch zielgerichtete Marketingaktivitäten auf das Serviceangebot der IHK Berlin aufmerksam gemacht und finden auf einfache Weise die für sie relevanten Angebote.

Für eine effiziente Abwicklung der Exportgeschäfte bietet die IHK Berlin bedarfsgerechte Zoll-Workshops und Informationsveranstaltungen zu den aktuellen Zoll- und Außenwirtschaftsfragen an. Bei der Ausstellung der Außenwirtschaftsdokumente werden die Unternehmen durch die Bereitstellung der neuesten rechtlichen Rahmenbedingungen zeitnah unterstützt.

Maßnahmen

- mit den Wirtschaftsförderern der Stadt, insbes. Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung, Berlin Partner, IBB, visitBerlin, Senatskanzlei, die strategischen Leitlinien für die Außenwirtschaft Berlins festlegen und operativ umsetzen, z.B. Messeplan
- durch Stellungnahmen, Studien und Konzepte auf bessere Außenwirtschaftsrahmenbedingungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene hinwirken, z.B. Unionszollkodex, Außenwirtschaftsförderprogramm, gemeinsame Berliner Außenwirtschaftsstrategie entwickeln und implementieren
- Länderberatung (inkl. Länderveranstaltungen) ausbauen und auf Berliner Branchen / Cluster und Schwerpunktmärkte fokussieren, z.B. Wirtschaftskonferenz Israel in 2016 als Follow-up zur Delegationsreise
- in internationalen Netzwerken wie bspw. C6, ICC, EEN, BETATEC durch Erfahrungs- und Informationsaustausch Informationen und Best-practises zu internationalen Entwicklungen für Unternehmen bereitstellen und Berliner Unternehmen beim Markteintritt und der Kooperationspartnersuche unterstützen
- Kooperation mit den Bundesministerien, z.B. Auswärtiges Amt und BMWi, und Botschaften intensivieren um Berliner Unternehmen einen Zugang zu internationalen Entscheidungsträgern und Informationen zu erschließen, z.B. Business meets Diplomacy
- Servicepackage International evaluieren, fokussieren und neue Vermarktung initiieren, insbesondere Imagefilm entwickeln

Arbeitsprogramm 2016

- mehr Delegationsreisen organisieren: a) politische begleitete Delegationsreisen (evtl. Polen, Türkei in 2016), b) neu: branchenspezifische Delegationsreisen in Berliner Schwerpunktmärkte
- Unternehmen bei der Kooperationspartnersuche durch zusätzliche Formate unterstützen, z.B. Außenwirtschaftsportal Berlin-Brandenburg., Business Roundtables, Delegationen Incoming
- Zoll- und Außenhandelsdokumente ausfertigen
- Zoll-Workshops für Firmen anbieten
- bedarfsgerecht zu Zollfragen und zum Außenwirtschaftsrecht beraten

Arbeitsprogramm 2016

Stichwortverzeichnis:

A100 5
Abgaben 9
Arbeitsagentur 16
Arbeitsmarkt 14, 16, 17
Ausbildung 14, 15, 16, 18
Ausländerrecht 13
Außenhandel 25
Außenwirtschaft 25
Außenwirtschaftsförderprogramm 25
Bau- und Immobilienwirtschaft 2, 5
Bauleitplanung 5
Baunebenrecht 5
Berlin 2030 1
Berliner Energie- und
Klimaschutzprogramm 22
Berliner Haushalt 9
Berufsschule 14
Beteiligungskapital 3
Bewachungsgewerbe 13
Bezirksverwaltung 12
Big Data 2, 20
Chemikalienrecht 23
Cluster 1, 25
CSR 4
Delegationsreisen 25, 26
Digitalisierung 1, 2, 12, 13, 19, 20
E-Government 12
Ehrbare Kaufleute 4
Elektromobilität 7
EMAS 24
Energiewende 22
Erbchaftsteuerrecht 10
EU 23, 25
Europapolitische Positionen DIHK 1
Exzellenzinitiative 21
Fachkräfteportal 16
Fachkräftesicherung 15
Finanzanlagenvermittler 13
Finanzierung 3, 21
Flüchtlinge 17, 18
Förderung 3, 6, 20, 21, 24
Forschung und Entwicklung 19
Gewerbstandorte 6
gewerbliche Bauanträge 6
Green Economy 24
Gründung 2, 20
Handel 2
Handelsrichter 13
Hightech 19, 20
Hochschulverträge 21
Honorarfinanzanlagenberater 13
ICC 5, 25
Immissionsschutz 23
Immobilienvermittler 13
Industrie 1, 2, 6, 20
Industrie 4.0 1, 20
Innovationen 10, 19, 24
Investitionsquote 9
IT-Sicherheit 20
Jugendberufsagentur 16
KMU 1, 20
Kreislaufwirtschaft 23
Landesunternehmen 10
Masterplan Gesundheit 1
Matching 16
Medien- und Kreativwirtschaft 1
Mittelstand 1, 7
Mobilitätskonzepte 8
Naturschutz 24
Notfallhandbuch 2
Nutzungskonflikt 6
Online-Gewerbemietenservice 8
PPP 8
Praktikum 15, 21
Quartiere 8
Räumungsbetroffene 5
Sachverständige 13
Schwertransporte 7
ServiceStadtBerlin 2016 12
Sicherheit 1
Smart City 7, 24
Smart Solutions 7
Soziale Marktwirtschaft 10
Sport 2
Städtebauförderung 5, 6
Standortbedingungen 1
Start-up 1, 2, 3, 24
Startup Unit Berlin 3
Stadtentwicklungsplan Verkehr 5
Steuern 9
Steuerungskreis Industriepolitik 1, 6
Technologie 7, 19, 20, 24
Technologiesektor 20
Tourismus 2
Trink- und Abwasserversorgung 23
TXL 7
UMFIS 24
Unternehmensnachfolge 2
Verbundausbildung 14
Vereinbarkeit von Familie und Beruf 17
Verkehr/Mobilität/Logistik 1
Verkehrsinfrastruktur 5, 7
Versicherungsvermittler 13
Verwaltung 1, 2, 3, 6, 7, 8, 9, 12, 13, 19, 23, 24
Verwaltungsverfahren 12, 13
Wahlprüfsteine 1

Arbeitsprogramm 2016

Weiterbildung 13, 18

Wettbewerb 4, 6, 9, 10, 18, 19, 21, 22, 23, 24

Willkommenskultur 3, 12

Wirtschaftspolitischen Positionen DIHK 1

Wirtschaftsverkehrskonzept 7

Wissenschafts- und Technologietransfer 21

Wissenstransfer 15, 20

Wohnungsbau 5

Zollfragen 26

